

1 Frieden, Demokratie, Solidarität - Für ein besseres Europa

2

3 Die Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union können sich bei den Wahlen zum
4 Europäischen Parlament im Juni 2009 erstmals wieder aktiv in die Zukunft Europas
5 einmischen.

6 DIE LINKE hat das Ziel, dass alle Menschen in Würde selbst bestimmt und solidarisch
7 miteinander leben können – in Europa und weltweit. Deshalb sind der Kampf um soziale
8 Gerechtigkeit und die Stärkung des Friedens Kompass für unser Handeln in Europa, in den
9 Ländern und den Kommunen. Wir setzen uns ein für soziale Sicherheit, demokratische
10 Teilhabe aller Menschen, eine zivile Friedenssicherung, ökologische Nachhaltigkeit, die
11 Gleichstellung der Geschlechter und für eine wirtschaftliche Entwicklung, die auf
12 Gerechtigkeit beruht und den Menschen dient. Wir sehen die Chancen, die die europäische
13 Integration bietet, um diesen Zielen näher zu kommen. Jedoch erleben wir, dass durch die
14 herrschende Politik in der Europäischen Union gefährliche Entwicklungen eingeleitet wurden:
15 Die EU setzt auf eine marktradikale Wirtschaftspolitik, auf Sozial- und Demokratieabbau
16 sowie eine Außen- und Sicherheitspolitik, die auf militärische Stärke setzt und Kriege in Kauf
17 nimmt. Die Europäische Union muss auf eine neue Grundlage gestellt werden. Nur ein
18 Politikwechsel kann die EU aus ihrer Krise führen. Der Vertrag von Lissabon ist wie zuvor
19 der EU-Verfassungsvertrag dazu nicht geeignet, denn beide sind Ausdruck dieser verfehlten
20 Politik. Deshalb hat die LINKE ihn als einzige Partei in Bundestag und Bundesrat abgelehnt.
21 Deshalb wurden sie zu Recht in Frankreich, den Niederlanden und Irland in
22 Volksabstimmungen mehrheitlich nicht akzeptiert.

23

24 Die Ablehnung der neuen Vertragswerke hat die bestehende Legitimationskrise der EU
25 offenbart. Die Verantwortung für diese Entwicklung liegt bei den Regierungen der
26 Mitgliedsländer. Ihre Politik greift tief in den Alltag der Menschen ein, aber sie richtet sich
27 zunehmend gegen die Interessen der Bürgerinnen und Bürger. Die Skepsis und
28 Unzufriedenheit der Menschen mit der EU steigt. Immer weniger Menschen glauben daran,
29 dass die EU ihre Lebensbedingungen verbessert. Hohe Arbeitslosenzahlen, wachsende Armut,
30 steigende Preise und immer größere Unsicherheiten prägen zunehmend das Leben der
31 Menschen in Europa. Der neoliberale Kurs der EU findet seinen Niederschlag in der
32 verheerenden Binnenmarkt-, Wirtschafts- und Finanzpolitik sowie der Sozialpolitik, wie sie
33 im Vertrag von Lissabon festgeschrieben werden. Als eine Konsequenz dieser Politik drohen
34 immer mehr Privatisierungen und Liberalisierungen im Dienstleistungsbereich, im
35 Gesundheitswesen, der Bildung, der Wasser- und Energieversorgung sowie eine weiter
36 zunehmende Verschlechterung der Arbeits- und Lebensbedingungen. Gleichzeitig dient der
37 Vertrag von Lissabon dazu, eine Politik der militärischen Stärke in der EU-Außen- und
38 Sicherheitspolitik festzuschreiben. Damit wird die rechtliche Grundlage für Aufrüstung und
39 die Beteiligung von Truppen aus EU-Mitgliedstaaten an Kampfeinsätzen außerhalb Europas
40 geschaffen. Krieg wird so wieder zum Mittel der Politik.

41

42 Wir sagen NEIN zu dieser Politik, gerade weil wir FÜR die europäische Integration sind. Wir
43 fordern vertragliche Grundlagen für die Europäische Union, die ein friedliches,
44 demokratisches, sozial und ökologisch nachhaltiges Europa in einer gleichberechtigten und
45 solidarischen Welt ermöglichen und garantieren. An der Ausarbeitung und der Abstimmung
46 über die zukünftige Verfasstheit der Union müssen die Bürgerinnen und Bürger in Europa
47 beteiligt sein. Darin ist sich DIE LINKE mit allen anderen Parteien in der Europäischen
48 Linkspartei einig.

49

- 50 DIE LINKE steht für einen Politikwechsel in Europa. Wir wollen eine andere, eine bessere
51 EU!
- 52
- 53 Wir wollen eine friedliche Europäische Union, in der die Charta der Vereinten Nationen
54 uneingeschränkt und für alle verbindlich gilt, Krieg geächtet wird, die EU strukturell nicht
55 angriffsfähig und frei von Massenvernichtungswaffen ist. Wir setzen auf Abrüstung, zivile
56 Kooperation und Zusammenarbeit und die Entwicklung partnerschaftlicher Beziehungen zu
57 den Nachbarstaaten. Das politisch und wirtschaftlich einflussreiche Deutschland muss hierbei
58 vorangehen.
- 59
- 60 Wir wollen eine soziale Europäische Union ohne Ausgrenzung und Armut, gegen wachsende
61 soziale Spaltung und für gut entlohnte, und sozial abgesicherte Arbeit, für ein Leben in
62 Würde. Wir wollen die Gestaltung der EU nach sozialstaatlichen Grundsätzen.
- 63
- 64 Wir wollen eine demokratische Wirtschaftspolitik. Europäische Wirtschaftspolitik muss
65 koordiniert werden. Dumping um den vermeintlich billigsten Wirtschaftsstandort muss
66 abgeschafft werden. Der "ökologische Strukturwandel" und sozialer Fortschritt erfordern
67 mehr öffentliche Investitionen und eine Stärkung der Binnenwirtschaft. Der Stabilitäts- und
68 Wachstumspakt muss einer Reform unterzogen werden, durch die er gleichermaßen auch auf
69 soziale, beschäftigungspolitische und ökologische Ziele verbindlich verpflichtet wird.
- 70
- 71 Wir wollen eine EU mit regulierten Märkten und starkem öffentlichen Eigentum. Es muss
72 Schluss gemacht werden mit einem Kapitalismus, der Gewinne privatisiert und Verluste
73 sozialisiert. Feste Regeln für die Finanzmärkte und die Kontrolle des weltweiten
74 Kapitalverkehrs müssen erste Konsequenzen aus der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise
75 sein. Die Vernichtung von Arbeitsplätzen darf nicht länger mit Gewinnen für Manager und
76 Aktionäre belohnt werden. Wir fordern eine Rückkehr zu demokratisch kontrolliertem
77 öffentlichen Eigentum anstelle von weiteren Privatisierungen.
- 78
- 79 Wir wollen eine Europäische Union mit demokratischen Institutionen und transparenten
80 Entscheidungsprozessen. Die Bürgerinnen und Bürger in den Kommunen und Regionen
81 sollen mit ihrer Kritik und ihren Vorschlägen die Europäische Union mitgestalten können.
- 82
- 83 Wir wollen die Gleichstellung von Männern und Frauen und das Verbot jeglicher
84 Diskriminierung von Menschen in der Europäischen Union.
- 85
- 86 Wir wollen, dass Frauen endlich die gleichen Möglichkeiten in Beruf und Gesellschaft haben
87 wie Männer. Dies erfordert gesetzliche Maßnahmen, beispielsweise um Kinderbetreuung zu
88 sichern und Lohndiskriminierung zu bekämpfen. Mit Alters- und Frauenarmut darf sich
89 Europa nicht abfinden.
- 90
- 91 Wir wollen eine solidarische Erweiterung der Europäischen Union, in der alle Fragen –
92 insbesondere die Förder- und Investitionspolitik – so gestaltet werden, dass die Regionen
93 partnerschaftlich kooperieren und die Angleichung von Arbeits- und Lebensverhältnissen im
94 Vordergrund steht. Der EU-Haushalt muss entsprechend aufgestockt werden.
- 95
- 96 Wir wollen eine Europäische Union, in der Rechtstaatlichkeit, Freiheit und Sicherheit
97 garantiert sind und die Bekämpfung von Kriminalität nicht zulasten der Grund- und
98 Menschenrechte geht. Das Grundrecht auf Asyl ist wieder zu garantieren. Neofaschismus,
99 Fremdenhass, Rassismus, religiöser Fundamentalismus, Sexismus und Homophobie müssen
100 europaweit entschieden geächtet werden.

101

102 Wir brauchen eine Europäische Union, die als Teil der einen Welt gleichberechtigte
103 internationale Beziehungen fördert, eine solidarische Weltwirtschaft anstrebt und ihrer
104 Verantwortung zur Lösung der globalen Probleme gerecht wird.

105 Die heutige Realität in Europa ist eine andere. Die Lebens- und Arbeitsbedingungen sowie die
106 soziale Absicherung für die Mehrheit der Bevölkerung in Europa verschlechtern sich immer
107 weiter. Die Kluft zwischen Arm und Reich wächst. Dies will DIE LINKE ändern. Wir sagen:
108 Es gibt Alternativen zur herrschenden Politik der EU.

I. Für eine demokratische Europäische Union

110

111 Seit Jahren schwinden die Möglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger und ihrer
112 Interessenvertretungen, Einfluss auf grundlegende gesellschaftliche Entwicklungen zu
113 nehmen. Eine politische Identifikation der Bürgerinnen und Bürger mit der Europäischen
114 Union setzt voraus, dass sie diese als Gewinn an Lebensqualität erfahren und über ihre
115 Entwicklung mitbestimmen können.

116

Eine Verfassung für eine friedliche, soziale, ökologische und demokratische EU

119 Die EU benötigt eine andere vertragliche Grundlage: eine EU-Verfassung, die von den
120 Bürgerinnen und Bürgern mitgestaltet und in allen Mitgliedstaaten in Volksabstimmungen
121 angenommen wird.

122 Die neue EU-Verfassung soll die Europäische Union an den Zielvorgaben von Frieden,
123 Demokratie, Solidarität sowie sozialer, ökonomischer und ökologischer Nachhaltigkeit
124 ausrichten. Sozialstaatlichkeit, Frieden und Rechtsstaatlichkeit müssen gleichrangige
125 verfassungsrechtliche Werte und Ziele der EU sein. Sie muss wirtschaftspolitisch neutral und
126 gegenüber einer gemischtwirtschaftlichen Ordnung mit einem bedeutenden öffentlichen
127 Sektor sowie künftigen wissenschaftlichen und politischen Entwicklungen offen sein. Sie soll
128 das Eigentum schützen und zugleich – ähnlich dem deutschen Grundgesetz – regeln, dass
129 Eigentum auch verpflichtet. Die Verfügung über das Eigentum und seine Nutzung müssen
130 auch sozialen Belangen, dem Umweltschutz und anderen Erfordernissen des Gemeinwohls
131 dienen.

132 In einer verbesserten und rechtsverbindlichen Grundrechtecharta muss das Prinzip der
133 Gewaltenteilung und der Trennung von Polizei und Militär verankert sein. Volksentscheide
134 über EU-Grundlagenverträge müssen verpflichtend werden.

135 Die Institutionen der EU und die Verteilung der Kompetenzen sind so zu regeln, dass die
136 dezentralen Möglichkeiten politischer Selbstverwaltung und die gemeinsame
137 Handlungsfähigkeit der Union zugleich gestärkt werden. Dabei sind Entscheidungs- und
138 Mitwirkungsrechte der nationalstaatlichen und regionalen Parlamente eindeutig zu klären.
139 Das Subsidiaritätsprinzip ist strikt einzuhalten.

140 Das Europäische Parlament muss gleichberechtigt mit dem Rat entscheiden und das Recht
141 erhalten, Gesetze vorzuschlagen (Initiativrecht). Die Europäische Kommission soll direkt
142 durch das Parlament gewählt werden.

143 Wir erneuern unsere Forderung, dass die Europäische Charta der Grundrechte für alle
144 rechtsverbindlich und somit individuell einklagbar wird. Sie muss aus Sicht der LINKEN
145 individuelle Freiheitsrechte und soziale Grundrechte in einen unauflösbaren Zusammenhang
146 stellen. Damit kann sie zu einem politischen Instrument weiterentwickelt werden, mit dem die
147 einseitige marktwirtschaftlich ausgerichtete Entwicklung der europäischen Integration
148 eingeschränkt wird. Mit ihrem prinzipiellen Bezug auf Menschenwürde, Selbstbestimmung
149 und Gleichheit ist die Charta ein grundlegendes Dokument für eine zukunftsfähige
150 Verfasstheit der EU. Das allerdings verlangt, ihre Unzulänglichkeiten zu beseitigen.
151 Notwendig sind erweiterte soziale und ökologische Rechte wie das Recht auf
152 menschenwürdige und Existenz sichernde Arbeit, das Recht auf soziale Sicherheit, das Recht
153 auf Wohnen, das Recht auf kostenfreie Bildung und das Recht auf Schutz vor Armut und
154 sozialer Ausgrenzung.

155 Wir setzen uns dafür ein, dass die Bestimmungen zum Kommunalwahlrecht und das Recht
156 auf Freizügigkeit und Aufenthalt für alle Bürgerinnen und Bürger gelten, die ihren
157 Lebensmittelpunkt in einem EU-Mitgliedsland haben.

158

159 **Soziale und politische Rechte garantieren**

160 In der EU hat die Freiheit von Unternehmen und Kapital Vorfahrt vor den sozialen und
161 politischen Grundrechten. Urteile des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) unterstreichen diese
162 rechtliche Schieflage: Er schränkte das Streikrecht ein (Urteile "Viking" und "Laval"),
163 erklärte die Anforderung der Tariftreue bei öffentlichen Aufträgen für rechtswidrig
164 ("Rüffert"-Urteil), setzte elementares Arbeitsrecht in Luxemburg außer Kraft und schwächte
165 mit der Entscheidung zum „VW-Gesetz“ die Unternehmensmitbestimmung.

166 Die LINKE will daher den Vorrang der politischen und sozialen Grundrechte vor den
167 Marktfreiheiten in die europäischen Verträge aufnehmen. Wir unterstützen deshalb die
168 Forderung des DGB und der europäischen Gewerkschaften, die EU-Verträge durch ein
169 Protokoll mit einer sozialen Fortschrittsklausel zu ergänzen.

170 Um soziale Rechte zu verteidigen und auszubauen, müssen politische Rechte gestärkt und
171 erweitert werden. Das gilt für die Durchsetzung eines grenzüberschreitenden Koalitions- und
172 Streikrechts, einschließlich des Grundrechts auf politischen Streik und für EU-weite
173 Volksabstimmungen. Die Bürgerinnen und Bürger sollen zu allen grundlegenden
174 Angelegenheiten verbindliche Volksentscheide erwirken können.

175

176 **Freiheit, Sicherheit und Rechtsstaatlichkeit für jede und jeden - Keine Festung 177 Europa!**

178 DIE LINKE tritt für die Stärkung der Bürger- und Grundrechte in der europäischen Innen-
179 und Rechtspolitik ein. Die Institutionen der EU und die Verteilung der Kompetenzen sind so
180 zu regeln, dass die dezentralen Möglichkeiten politischer Selbstverwaltung und die
181 gemeinsame Handlungsfähigkeit der Union zugleich gestärkt werden. Entscheidungs- und
182 Mitwirkungsrechte des Europäischen Parlaments sowie der nationalstaatlichen und regionalen
183 Parlamente müssen gestärkt werden. Wir fordern generell die Mitentscheidung des
184 Europäischen Parlaments, sobald ein Politikbereich in die Kompetenz der Europäischen
185 Union überführt wurde. Für die bereits vergemeinschafteten Bereiche muss dies nachgeholt
186 werden. Durch die Innen- und Justizpolitik der EU werden grundlegende demokratische
187 Rechte von Beschuldigten beschnitten: Wir lehnen die automatische gegenseitige
188 Anerkennung von Haftbefehlen anderer Mitgliedstaaten ab und fordern gerichtliche
189 Kontrollmechanismen, um den Schutz von Beschuldigten zu gewährleisten.

190 DIE LINKE wendet sich dagegen, dass im Namen des "internationalen Kampfes gegen den
191 Terrorismus" Freiheitsrechte des Einzelnen beschnitten und der Grundsatz der
192 Verhältnismäßigkeit nicht gewahrt wird. Die EU hat eine Reihe von Maßnahmen ergriffen –
193 biometrisch aufbereitete Fotos, Fingerabdrücke, Datenweitergabe –, ohne dafür zuvor die
194 rechtlichen und Datenschutz-Voraussetzungen geschaffen zu haben. Sie hat damit
195 schwerwiegende Eingriffe gegen Personen vorgenommen. Das gilt im besonderen Maße auch
196 für die „Prümer Beschlüsse“ zur „Vertiefung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit,
197 insbesondere zur Bekämpfung des Terrorismus und der grenzüberschreitenden Kriminalität“.
198 Terror ist durch nichts zu rechtfertigen und muss entschieden bekämpft werden. Allerdings
199 darf der Kampf gegen Terrorismus nicht instrumentalisiert werden, um Menschen- und
200 Bürgerrechte zu relativieren und Kriege zu legitimieren. Wir fordern die Aussetzung der

- 201 "Prümer Beschlüsse" und klare Regelungen zum Schutz personenbezogener Daten sowie ein
202 Verbot des Datenhandels und -verkaufs.
- 203 Das gilt ebenso für das zwischen den USA und der EU im Juli 2007 ausgehandelte
204 Abkommen zur Übermittlung von Fluggastdaten, für das wir Neuverhandlungen fordern. Wir
205 lehnen die Aufnahme biometrischer Daten in Pässe bzw. Visa ebenso wie die Einbeziehung
206 „externer Dienstleister“ bei Visaverfahren strikt ab.
- 207 Den Beschluss, Europol in eine Agentur der Europäischen Union umzuwandeln, halten wir
208 für falsch. Europol, seine Zuständigkeiten, Befugnisse und Tätigkeiten müssen
209 parlamentarisch und gerichtlich kontrolliert und der Datenschutz gesichert werden.
- 210 DIE LINKE lehnt Bestrebungen der EU ab, das Trennungsgebot zwischen Polizei und
211 Nachrichtendiensten durch die Einrichtung eines Ständigen Ausschusses für die operative
212 Zusammenarbeit auszuhebeln.
- 213 Die EU schottet sich gegen Migrantinnen und Migranten sowie gegenüber Flüchtlingen ab.
214 Die europäische Asyl- und Migrationspolitik wird durch Repressionen gegenüber
215 Flüchtlingen und durch die Verwertungsinteressen des Kapitals gegenüber Migrantinnen und
216 Migranten bestimmt. Jahr für Jahr sterben Hunderte Menschen auf der Suche nach Schutz vor
217 Verfolgung, Armut, Naturkatastrophen und Kriegen an den hoch aufgerüsteten und streng
218 bewachten Außengrenzen der EU, vor allem im Mittelmeer. Flüchtlinge lassen sich aber
219 selbst durch Hightech-gesicherte Grenzen nicht stoppen. Statt kostspieliger Grenzkontroll-,
220 Überwachungs- und Datenerfassungssysteme zur Abwehr „illegaler“ Migration fordert DIE
221 LINKE eine humanitäre Flüchtlingspolitik sowie eine andere Wirtschafts- und Handelspolitik
222 zur Bekämpfung von Armut, Hunger und Unterentwicklung als Ursachen von Flucht.
- 223 DIE LINKE lehnt eine gemeinschaftliche EU-Asyl und -Migrationspolitik des kleinsten
224 gemeinsamen Nenners ab. Wer aufgrund von Kriegen, wegen seines politischen
225 Engagements, seiner Religion, Weltanschauung oder sexuellen Orientierung fliehen muss,
226 muss in einem offenen Europa Schutz und Aufnahme finden. Wir fordern die Anerkennung
227 geschlechtsspezifischer und nichtstaatlicher Verfolgung, Kriegsdienstverweigerung,
228 Desertion als Asylgrund. Kinder in Not brauchen Schutz und sichere Bleiberechte.
- 229 Das gemeinschaftliche EU-Einwanderungsrecht darf nicht das Interesse der Wirtschaft nach
230 billigen Arbeitskräften in den Mittelpunkt stellen. Deshalb lehnt die LINKE die neue
231 "Gastarbeiterpolitik" in Form von "zirkulärer Migration" und Blue Card ab. DIE LINKE
232 fordert die Ratifizierung der UN-Wanderarbeiter-Konvention durch alle EU-Mitgliedstaaten.
- 233 In der Europäischen Union leben etwa 8 Millionen Menschen "ohne Papiere". DIE LINKE
234 fordert einen anderen Umgang mit ihnen, denn kein Mensch ist illegal. Die Legalisierung
235 ihres Aufenthaltsstatus' ist aus Sicht der LINKEN mit der Erteilung einer Arbeitserlaubnis zu
236 verbinden. Hierfür muss ein einheitlicher EU-Rechtsrahmen geschaffen werden, damit
237 Maßnahmen gegen unwürdige Lebensbedingungen von Migrantinnen und Migranten und die
238 Bekämpfung von Menschenhandel effektiv in Angriff genommen werden können.
239 Humanitäre Hilfe für Menschen ohne Papiere darf nicht bestraft werden.
- 240 Für DIE LINKE ist die gerade beschlossene EU-Abschieberichtlinie der falsche Weg. Sie hat
241 zu Recht internationale Proteste ausgelöst und muss wieder aufgehoben werden. DIE LINKE
242 fordert: Die EU darf keine Festung sein, die Menschen in Not abweist!
- 243
- 244 **Alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens demokratisieren**
- 245 Die Gleichstellung von Frauen und Männern als Grundbestandteil der Demokratie gehört für
246 uns zu den wichtigsten Aufgaben. Wir unterstützen den Ansatz der EU-Politik, einerseits die

- 247 Gleichstellung der Geschlechter als Querschnittsaufgabe aller Politikbereiche zu verankern
248 und andererseits der Diskriminierung von Frauen in allen Bereichen des gesellschaftlichen
249 Lebens gezielt entgegen zu wirken. Die EU sollte mit gutem Beispiel voran gehen und bis
250 zum Jahre 2019 die Institutionen der EU zu mindestens 50 Prozent durch Frauen besetzen.
- 251 Die Mitgliedstaaten sind verbindlich zu verpflichten, Programme zur Gleichstellung und
252 Frauenförderung – einschließlich konkreter Zielvorgaben und Sanktionen bei Nichteinhaltung
253 – in Privatwirtschaft und Öffentlichem Dienst ein- bzw. weiter zu führen. Der Anteil von
254 Frauen in Führungspositionen und -funktionen in Management, Wissenschaft und Politik
255 sowie hoch qualifizierten Erwerbsarbeitsplätzen muss deutlich erhöht werden. Der Zugang
256 von Frauen zu Maßnahmen der Arbeitsmarktförderung muss mindestens entsprechend ihrem
257 Anteil an den Erwerbslosen erfolgen. Die Bekämpfung von Altersarmut muss ein
258 Schwerpunkt der EU-Gleichstellungspolitik werden. Frauen und Männer müssen Beruf und
259 Familie vereinbaren können. Hierzu gehört ein flächendeckendes Kinderbetreuungsangebot.
- 260 Die Antidiskriminierungspolitik der EU, die das Verbot der Diskriminierung von Menschen
261 aufgrund ihres Geschlechts, politischer, religiöser oder sexueller Identität, ethnischer
262 Zugehörigkeit oder ihrer Behinderung einschließt, entfaltet in den Mitgliedstaaten positive
263 Wirkungen, wird aber nur gegen vielfältigen Widerstand durchgesetzt. DIE LINKE setzt sich
264 für den weiteren Ausbau eines EU-weit einheitlichen Diskriminierungsschutzes in allen
265 Bereichen und für die Fortführung entsprechender Programme ein.
- 266 DIE LINKE sieht im Erhalt und weiteren Ausbau öffentlicher Dienstleistungen eine
267 entscheidende Bedingung für konkrete Demokratie. Wir setzen uns dafür ein, dass die EU
268 dem Schutz öffentlicher Güter sowie dem diskriminierungsfreien Zugang aller zu den
269 Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge – einschließlich dem demokratischen Zugang zu
270 Bildung, Kultur und Medien – höchste Priorität einräumt. Wir lehnen jede weitere
271 Liberalisierung und Privatisierung öffentlicher Daseinsvorsorge ab und treten für die
272 Rekommunalisierung ein. Bildung auf ihre wirtschaftliche Nutzbarmachung zu reduzieren
273 und weiter zur privatisieren, lehnen wir ab.
- 274 Wir wollen, dass in allen Großunternehmen die Beschäftigten und ihre Gewerkschaften bei
275 grundlegenden wirtschaftlichen und sozialen Entscheidungen paritätisch mitbestimmen
276 können. Betriebsräte müssen auf allen Ebenen über Informations-, Anhörungs-, Vorschlags-
277 und Mitbestimmungsrechte verfügen. Wir unterstützen die Forderung nach einem Ausbau der
278 Beteiligungsrechte von europäischen Betriebsräten und fordern eine Revision der EU-
279 Betriebsräterichtlinie mit dem Ziel, dass bei Verstößen gegen die Konsultations- und
280 Informationspflicht Sanktionen verhängt werden können. Den Belegschaften muss ein
281 Vetorecht gegen Entscheidungen gewährt werden, die ihre existentiellen Interessen gefährden.
282 Wir verwahren uns gegen die von EU-Institutionen ausgehenden Angriffe auf
283 Flächentarifverträge, Tarifautonomie und Streikrecht.
- 284 DIE LINKE steht für einen umfassenden Verbraucherschutz. Wir engagieren uns für die
285 Erweiterung von Informations-, Kontroll- und Klagerechten der Konsumentinnen und
286 Konsumenten.
- 287 In der Bundesrepublik Deutschland besteht ein Neuregelungsbedarf hinsichtlich des
288 Zusammenwirkens von Bund, Ländern und Kommunen, um die Interessen der verschiedenen
289 Ebenen bei den deutschen Positionsbestimmungen in der Europapolitik bereits im Vorfeld
290 besser miteinander abzustimmen. Zu stärken sind insbesondere die Möglichkeiten der
291 Einflussnahme und Kontrolle der Europapolitik der Bundesregierung durch den Bundestag
292 sowie der Landesregierungen durch die Landtage.
- 293

294 II. Für eine soziale und ökologische Europäische Union

295

296 *DIE LINKE ist der Auffassung, dass ökologische Verantwortung und wirtschaftliche Effizienz*
297 *kein Widerspruch sein müssen. Wir treten ein für eine gerechte und solidarische*
298 *Wirtschaftspolitik, die den Menschen dient und die Umwelt bewahrt. Die Kluft zwischen Arm*
299 *und Reich muss verringert werden. Öffentliche Dienstleistungen müssen für alle zugänglich*
300 *und erschwinglich sein. Ein "ökologisches Wirtschaftswunder" erfordert öffentliche*
301 *Investitionen, eine sichere Energieversorgung und einen starken Binnenmarkt. Ein*
302 *leistungsfähiges soziales Sicherungssystem muss den ökologischen Umbau der Gesellschaft*
303 *absichern. Wir sind überzeugt, dass die geforderten Veränderungen für die Verbesserung der*
304 *Umwelt einen Innovationsdruck erzeugen, der einen größeren Markt für umweltverträgliche*
305 *Waren, Technologien und Dienstleistungen schafft und so auch für Investitionen, neue*
306 *zukunftsfähige Arbeitsplätze und Wertschöpfung sorgt.*

307

308 Die überwiegende Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger erwartet, dass die Politik der
309 Europäischen Union ihre Arbeits- und Lebensbedingungen verbessert.
310 Beschäftigungssicherung und die Überwindung sozialer und ökologischer Probleme rangiert
311 in der derzeitigen wirtschaftspolitischen Ausrichtung der Europäischen Union weit hinter der
312 „Wettbewerbsfähigkeit“. Deshalb ist sie nicht geeignet, die Lebensqualität der Menschen zu
313 erhöhen geschweige denn einen positiven Beitrag zur Lösung globaler Probleme zu leisten.
314 Im Gegenteil, die EU trägt zu einer weiteren Verschärfung der internationalen Konkurrenz
315 mit allen negativen Folgen für Mensch und Umwelt bei.

316 Es ist das Profitstreben der Konzerne, Banken und Finanzfonds, welches die europäische
317 Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik bestimmt. Dies muss beendet werden.

318

319 Für eine zukunftsfähige Wirtschaftspolitik

320 Die EU verfügt über einen der größten Binnenmärkte der Erde. Über 90% der
321 wirtschaftlichen Aktivitäten der europäischen Unternehmen finden auf diesem Binnenmarkt
322 statt. Mit der Lissabon-Strategie ist aber beabsichtigt, nicht nur die Produktivität der
323 europäischen Unternehmen zu fördern, sondern die EU zur wettbewerbsfähigsten Region der
324 Welt zu machen, in der weltweit die höchsten Profite realisiert werden können. Dies schadet
325 der gesellschaftlichen Entwicklung in Europa und weltweit. DIE LINKE steht für eine
326 demokratische Wirtschaftspolitik im Interesse der Bevölkerungsmehrheit und eine Stärkung
327 des Binnenmarkts. Das Dogma der "offenen Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb" in den
328 EU-Verträgen wollen wir durch eine soziale und zukunftsorientierte Verfassung für Europa
329 ersetzen.

330

331 DIE LINKE fordert: Die Wirtschaftspolitik der EU und ihrer Mitgliedstaaten muss sich
332 künftig vorrangig auf die Entwicklung der europäischen Binnenwirtschaft und die Stärkung
333 regionaler Wirtschaftskreisläufe konzentrieren. Gleichzeitig fordern wir von den Regierungen
334 der Mitgliedstaaten, die öffentlichen Investitionen auf nationaler Ebene koordiniert
335 auszudehnen. Dadurch entstünden kräftige Nachfrageimpulse für die EU-Binnenwirtschaft.
336 Nicht zuletzt wäre zur Erhöhung der EU-Binnennachfrage eine solidarische Lohnpolitik
337 anstelle von Lohn- und Sozialdumping dringend erforderlich.

338

339 Wir fordern eine enge Koordinierung der Wirtschaftspolitik mit dem Ziel einer arbeitsmarkt-
340 und sozialpolitischen Ausrichtung auf mehr Beschäftigung..

341

342 Durch eine andere EU-Haushalts- und Finanzpolitik neue Handlungsspielräume
343 gewinnen

344

345 *Geldpolitik*

346 Der EU-Stabilitäts- und Wachstumspakt verpflichtet die Geldpolitik der EU einseitig auf das
347 Ziel Preisstabilität. Beschäftigungs- und Wachstumsziele sind nachrangig. Um dieses Ziel
348 durchzusetzen, verpflichten die Maastrichter Konvergenzkriterien die Mitgliedstaaten
349 dauerhaft, ihre Neuverschuldung unter 3% des Bruttoinlandsprodukts zu halten und die
350 Staatsverschuldung unter 60% zu drücken. Deshalb geht Schuldentilgung zu Lasten von
351 Investitionen in die Zukunft der öffentlichen Infrastruktur. DIE LINKE will die Europäische
352 Zentralbank darauf verpflichten, genau wie andere Zentralbanken auch gleichrangig
353 Wachstum und Beschäftigung zu fördern. In der EU muss der ECOFIN-Rat, das Gremium der
354 EU-Wirtschafts- und Finanzminister, gemeinsam mit dem Europäischen Parlament eine
355 Kontrollfunktion übernehmen. Die Geld- und Wechselkurspolitik muss stärker in die
356 makroökonomische Kooperation auf europäischer Ebene eingebunden werden. Um
357 geldpolitische Entscheidungen transparenter und nachvollziehbarer zu machen, bedarf es
358 außerdem sowohl einer demokratischen Rechenschaftspflicht der EZB als auch der
359 Veröffentlichung von Sitzungsprotokollen und des Abstimmungsverhaltens bei
360 grundsätzlichen Beschlüssen.

361

362

363

364 *Für die wirksame Bekämpfung von Finanzkrisen*

365 Neoliberale Politik hat die Regeln des internationalen Finanzsystems beseitigt und die
366 Demokratie an die Kapitalmärkte verkauft. Der Europäischen Union kommt eine besondere
367 Verantwortung für die Kontrolle von transnationalen Konzernen und internationalen
368 Finanzplätzen zu. Die von ihr festgelegten Regeln bestimmen das Agieren von Banken und
369 Konzerne und setzen Standards, was den Zusammenschluss von Unternehmen betrifft. Die
370 EU kann damit entscheidend dazu beitragen, internationale Finanzkrisen mit ihren sozial
371 verheerenden Auswirkungen zu bekämpfen und zu vermeiden.

372 Allerdings fehlt es ihr am dafür erforderlichen politischen Willen. Im Gegenteil: Anstelle den
373 Kapitalverkehr wirksam zu kontrollieren, hat die Europäische Union mit ihren Strategien zur
374 internationalen Liberalisierung von Finanzdienstleistungen, zur Schaffung von integrierten
375 europäischen Märkten für Finanzdienstleistungen und Hypothekenkredite nationalstaatliche
376 Kontrollrechte eingeschränkt bzw. abgebaut.

377 Wir wollen die Finanzmärkte durch eine Devisenumsatzsteuer (Tobin Tax) sowie die
378 Vereinbarung von Wechselkurszielzonen regulieren.

379 DIE LINKE fordert ein grundsätzliches Verbot des Handels mit Verbriefungen und
380 Kreditderivaten sowie der Zweckgesellschaften, die sich Banken zugelegt haben, um Risiken
381 außerhalb der Bilanz zu verstecken und die Eigenkapitalvorschriften zu umgehen.
382 Pensionsfonds und Lebensversicherungen muss es innerhalb der EU verboten sein, in
383 Hedgefonds und andere spekulative Fonds zu investieren. Banken und andere
384 Finanzinstitutionen sollen dazu verpflichtet werden, den zuständigen Aufsichtsbehörden
385 umfassende Informationen über ihre Tätigkeiten und Risikopositionen zu geben. Die enge
386 weltweite Kooperation unter den Behörden ist dringend notwendig, um gegen Turbulenzen
387 auf den Finanzmärkten vorzugehen. Auf der EU-Ebene soll eine eigene Finanzmarktaufsicht
388 über international agierende Finanzmarktakteure eingesetzt werden. Private Rating-Agenturen

389 sollen einer stärkeren öffentlichen Kontrolle unterworfen und öffentliche Rating-Agenturen
390 geschaffen werden.

391 Wir setzen uns dafür ein, dass die EU die massive Fremdfinanzierung beim spekulativen
392 Handel mit Wertpapieren und Derivaten, bei anderen Finanzinvestitionen und Übernahmen
393 unterbindet. Sie soll gesetzliche Obergrenzen für die Fremdfinanzierung von Investoren
394 einführen und sich für die Stabilisierung der internationalen Finanzmärkte engagieren: Die
395 EU ist gefordert, eine schrittweise Regulierung der Steueroasen innerhalb und außerhalb ihrer
396 Grenzen einzuleiten. Das Beispiel Liechtenstein zeigt, dass dies machbar ist, wenn es den
397 politischen Druck dazu gibt.

398

399 *Haushalts- und Steuerpolitik*

400 Die Europäische Union ist in den letzten Jahren gewachsen, immer mehr Bereiche werden
401 vergemeinschaftet. Zugleich wachsen die Probleme der Bürgerinnen und Bürger und die
402 Armut in der EU nimmt zu. Doch immer weniger entspricht der Haushalt der Europäischen
403 Union den steigenden gemeinsamen Herausforderungen und Aufgaben. Im besonderen Maße
404 betrifft das die Regional- und Strukturpolitik.

405 Für die LINKE ist eine stabile gesamtwirtschaftliche Entwicklung auf der Grundlage einer
406 antizyklischen Konjunkturpolitik entscheidend für einen EU-Haushalt, mit dem mehr
407 Entscheidungsspielraum für eine tragfähige gesellschaftliche Entwicklung entsteht. Um die
408 EU finanziell in die Lage zu versetzen, ihren Aufgaben gerecht zu werden, sind sowohl auf
409 der Einnahme- als auch auf der Ausgabenseite grundlegende Veränderungen nötig. Eine
410 Erhöhung der EU-Mittel muss dabei auch an die Bedingung geknüpft sein, dass eine
411 Veränderung der Ausgaben-Prioritäten erfolgt. So sind die Mittel für die Bekämpfung von
412 Armut, den sozial-ökologischen Umbau und die Regional- und Strukturpolitik aufzustocken,
413 gleichfalls die Mittel für ziviles Krisenmanagement und Entwicklungszusammenarbeit.
414 Einsparpotential gibt es hingegen bei Rüstungsausgaben und Geldern für militärische
415 Missionen außerhalb der EU.

416 Auf der Einnahmeseite ist das System der Eigenmittel der EU grundlegend zu reformieren.
417 DIE LINKE fordert als einen ersten Schritt die bestehende Eigenmittelobergrenze von 1,24
418 Prozent des EU-weiten Bruttonationaleinkommens (BNE) für Zahlungsermächtigungen
419 auszuschöpfen. Für den Zeitraum 2007-2013 sind lediglich 0,98 Prozent geplant. Die
420 Eigenmittel der EU kommen hauptsächlich aus den Beiträgen der Mitgliedstaaten und werden
421 damit über die Steuerzahlungen der Bürgerinnen und Bürger erbracht. Großunternehmen und
422 Banken zahlen jedoch im Vergleich zu ihren Gewinnen nur wenig Steuern. DIE LINKE
423 fordert, sie an der EU-Finanzierung deutlich mehr zu beteiligen, wie es bereits bei der
424 einstigen Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl der Fall war. Zudem müssen die
425 von einigen Mitgliedstaaten ausgehandelten Rabatte auf ihre EU-Beiträge abgeschafft
426 werden.

427 DIE LINKE kämpft für die Durchsetzung des Prinzips der Besteuerung nach der
428 wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit. 9,4 Billionen Euro befinden sich in der EU in der Hand
429 von nur knapp einem Prozent der Bevölkerung. Diese riesigen Vermögen stärker zu
430 besteuern, würde viel Geld freisetzen, das für öffentliche Aufgaben zum Wohle der
431 Allgemeinheit eingesetzt werden könnte, beispielsweise zur Förderung eines
432 Zukunftsinvestitionsprogramms. Das gleiche gilt für Erbschaften. Wir setzen uns auch hier
433 für eine höhere Besteuerung bei angemessenen Freibeträgen ein. Eine Erhöhung indirekter
434 Steuern auf den Massenkonsum wie die Mehrwertsteuer lehnen wir ab. Diese Steuern treffen
435 insbesondere sozial schlechter gestellte Schichten.

436 Wir fordern die Einführung einer Steuer auf sämtliche Finanztransaktionen in Deutschland
437 und allen EU-Mitgliedsstaaten.

438 Wir setzen uns für eine Koordinierung der nationalen Steuerpolitiken ein mit dem Ziel, den
439 Steuerwettbewerb innerhalb der EU zu beenden und einem weiteren Steuerdumping entgegen
440 zu wirken. Um zu vermeiden, dass es einen Steuerwettlauf nach unten gibt und um
441 sicherzustellen, dass Konzerngewinne wenigstens zum Teil der Allgemeinheit zugute
442 kommen, fordern wir neben einer Vereinheitlichung der Bemessungsgrundlage für
443 Unternehmenssteuern die Festlegung eines EU-weiten Mindeststeuersatzes für
444 Unternehmensgewinne in angemessener Höhe. Flat-Tax-Regelungen in der
445 Einkommenssteuer, wie sie in diversen EU-Staaten existieren, lehnen wir ab.

446

447 **Für eine solidarische Regional- und Strukturpolitik**

448 In der Europäischen Union der 27 Mitgliedstaaten bestehen erhebliche Unterschiede in der
449 wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Entwicklung zwischen Regionen und innerhalb
450 der Mitgliedstaaten. Mehr europäische Solidarität und nicht eine Renationalisierung der EU-
451 Förderpolitik ist unsere Antwort auf die Herausforderung, diese Unterschiede abzubauen. Die
452 Strukturpolitik der EU basiert auf dem Solidarprinzip und muss die notwendige
453 finanzielle Ausstattung erhalten. Kürzungen dieser Mittel lehnen wir ab, da sie Ungleichheit
454 zwischen armen und reichen Regionen vergrößern. Bei der Verwendung der Mittel ist darauf
455 zu achten, dass eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung sowie die Chancengleichheit der
456 Regionen gefördert werden. Für diejenigen Regionen, die sich so gut entwickeln, dass sie die
457 Förderkriterien nicht mehr erfüllen, sollte eine Anschlussfinanzierung in einer
458 Übergangsphase bereitgestellt werden. Über die Förderwürdigkeit einer Region sollten stärker
459 Faktoren entscheiden wie Nachhaltigkeit der Entwicklung, Quantität und Qualität der
460 Beschäftigung, Zahl der Ausbildungsplätze, Stand der Geschlechtergleichstellung, Abbau von
461 Armut und sozialer Ausgrenzung, Industriedichte, Niveau des Umweltschutzes, Forschungs-
462 und Entwicklungspotential, Angebotsstruktur von öffentlichen Dienstleistungen wie
463 öffentlicher Nahverkehr, Post, Energie, Wasser- und Abwasserversorgung.

464 Auch für Deutschland ist die EU-Strukturpolitik von großer Bedeutung: Auch hier gibt es
465 strukturschwache Regionen, so in fast ganz Ostdeutschland, die unter einer teilweise
466 dramatischen Arbeitsplatzsituation und geringer Finanzkraft, sowie den Folgen wie
467 Abwanderung, Ärztemangel und anhaltendem Transferbedarf leiden. Die Probleme
468 strukturschwacher Regionen sind immer auch die Probleme von Boomregionen. Deshalb setzt
469 sich die LINKE für eine Regionalisierung und Mitentscheidung der Landtage über die Mittel
470 des Europäischen Sozialfonds ein. Wir fordern mehr Transparenz beim Einsatz der EU-
471 Fördermittel sowie eine stärkere Förderung der territorialen Zusammenarbeit zwischen den
472 europäischen Regionen.

473

474 **Für eine solidarische Erneuerung der öffentlichen Dienstleistungen**

475 Infolge der Lissabon-Strategie, deren Umsetzung in Deutschland neben der „Agenda 2010“
476 auch die „Hartz-Gesetze“ dienen, wurde die Priorität des Wettbewerbs über die
477 Warenproduktion hinaus auf den gesamten Dienstleistungsbereich ausgedehnt. Dies führte zu
478 massiven Kürzungen und mehr Eigenbeteiligung bei Kinderbetreuung, Bildung, bei Krankheit
479 und Pflege sowie im Alter, zu einem erheblichen Abbau öffentlicher Dienstleistungen bei
480 gleichzeitiger Privatisierung und höheren Preisen, zum Verlust zahlreicher Arbeits- und
481 Ausbildungsplätze bzw. zu niedrigerer Bezahlung und schlechteren Arbeitsbedingungen bei
482 den erhaltenen oder ausgelagerten Arbeitsplätzen.

483 Gerade dort, wo Folgen von Arbeitslosigkeit, Armut und sozialer Ausgrenzung bekämpft
484 werden müssen und die Kassen besonders leer sind, scheinen Privatisierungen ein Mittel zur
485 Bewältigung von Haushaltsnotlagen. Kurzfristig günstig scheinende Deregulierungen

486 zerstören jedoch langfristig die realen Möglichkeiten, Gesellschaft zu gestalten und gefährden
487 das Europäische Sozialmodell. DIE LINKE will diesen Trend umkehren. Wir setzen uns dafür
488 ein, dass die gegenwärtige neoliberale Wirtschaftspolitik der Privatisierung und
489 Einschränkung von öffentlichen Dienstleistungen und sozialen Sicherungssystemen durch
490 eine Politik ihrer solidarischen Erneuerung und Erweiterung abgelöst wird.

491 Der Privatisierung von Krankenhäusern und öffentlichen Einrichtungen oder auch
492 Eisenbahnen wird wachsender gesellschaftlicher Widerstand entgegengesetzt. Gemeinsam mit
493 anderen sozialen und politischen Kräften engagieren wir uns für den Schutz und den Ausbau
494 öffentlicher Daseinsvorsorge.

495 Öffentliche Güter und öffentliche Dienstleistungen sind keine Waren und müssen mit dem
496 Non-Profit-Sektor von den Wettbewerbsregeln des EU-Binnenmarktes ausgenommen werden.
497 Dies gilt auch für Gesundheits- und Sozialdienstleistungen. Die bisher erkämpfte
498 Herausnahme dieser Dienste aus der Dienstleistungsrichtlinie darf nicht wieder
499 zurückgenommen werden. Aus diesen Gründen lehnen wir die
500 Gesundheitsdienstleistungsrichtlinie (Patientenmobilität) ab. Notwendig sind EU-weite
501 Mindeststandards für Gesundheits- und Sozialleistungen.

502 Die Konzerne der Pharmaindustrie und der Medizintechnik sollen sowohl nationalstaatlich als
503 auch europäisch an der Finanzierung von Prävention, medizinischer Behandlung und Pflege
504 beteiligt werden. Die Institutionen der EU sollen die dafür erforderlichen Richtlinien
505 erarbeiten und beschließen. Sie müssen gemeinsam mit den Mitgliedstaaten gegen die
506 Preistreiberei im Gesundheitswesen, insbesondere bei Arzneimitteln, vorgehen.
507 Gesundheitsdienstleister, Arzneimittel- und Medizintechnikhersteller bzw. -vertreiber sollen
508 sich umfassend an der Entwicklung von spezifischen Medikamenten und Medizintechnik für
509 Menschen in Entwicklungsländern beteiligen und diese zu bezahlbaren Preisen zur Verfügung
510 stellen.

511

512 **Für eine neue Art von Vollbeschäftigung: ‚Gute Arbeit‘ für alle**

513 Ein wesentliches Ziel unserer Politik besteht darin, dass alle Frauen und Männer in der EU,
514 die dies wollen, über sinnvolle Existenz sichernde und ökologisch verantwortbare Arbeit ein
515 angemessenes armutsfestes Einkommen erlangen können. Das Prinzip "Gleicher Lohn für
516 gleichwertige Arbeit am gleichen Ort" muss fest verankert werden. DIE LINKE lehnt alle
517 Versuche ab, Menschen in prekäre Beschäftigungsverhältnisse zu drängen. Deshalb geht es
518 uns darum, Niedriglohn- und Teilzeitarbeit sowie befristete und andere unsichere
519 Beschäftigungsverhältnisse arbeitsrechtlich und sozial abzusichern. Leiharbeit ist nur in eng
520 begrenzten Ausnahmefällen akzeptabel und darf keine regulären Stellen verdrängen.
521 Aufgrund der geforderten Flexibilität von Leiharbeitern ist eine bessere Bezahlung
522 erforderlich. Die Ausnahmeregelungen der EU-Leiharbeitsverhältnisse lehnt DIE LINKE ab.
523 Wir wollen, dass Arbeitszeit über gesetzliche bzw. tarifrechtliche Regelungen in vielfältigen
524 Formen verkürzt wird und Überstunden drastisch abgebaut werden. Aus- und Weiterbildung
525 sind zu qualifizieren und auszubauen, neue Beschäftigungsfelder zu erschließen. Die LINKE
526 setzt sich für eine Neu- und Umbewertung gesellschaftlich notwendiger Arbeit ein. Durch
527 eine öffentliche Arbeitsförderung, öffentliche Investitionen und eine aktive Struktur- und
528 Regionalpolitik wollen wir die Handlungsmöglichkeiten auf lokaler, kommunaler, regionaler,
529 nationalstaatlicher und EU-Ebene erweitern. Auf lokaler Ebene sind öffentlich geförderte
530 Beschäftigungssektoren besonders geeignet, Kommunen und Regionen sozial und ökologisch
531 nachhaltig zu entwickeln.

532 Wir fordern die Abschaffung des 'Flexicurity-Konzepts' der EU-Kommission, das vor allem
533 auf die Flexibilität der Arbeitskräfte abzielt und mit wachsender Unsicherheit,
534 verschlechterten Arbeitsbedingungen, niedrigen Löhnen sowie steigender Lohnkonkurrenz

535 zwischen westeuropäischen, mittel- und osteuropäischen Arbeitskräften verbunden ist. An
536 seiner Stelle fordern wir ein europäisches 'Gute-Arbeit-Konzept', das Lohndumping
537 verhindert und mit Mindestlöhnen verknüpft ist. Auf dieser Basis treten wir für eine aktive
538 Lohnpolitik ein, die den Produktionszuwachs, einen Inflationsausgleich sowie eine
539 Umverteilungskomponente beinhaltet. Europäische Lohnleitlinien zur Begrenzung des
540 Lohnzuwachses lehnen wir strikt ab.

541 Ausnahmeregelungen und Lücken in der EU-Arbeitszeitrichtlinie sollen beseitigt und eine
542 allgemein verbindliche wöchentliche Höchstarbeitszeit von zunächst 40 Stunden festgesetzt
543 werden. Unverzüglich müssen alle Möglichkeiten unterbunden werden, die wöchentliche
544 Höchstarbeitszeit von derzeit 48 Stunden noch zu überschreiten. Am Arbeitsplatz verbrachte
545 Bereitschaftszeiten sollen zu 100 Prozent als Arbeitszeit gelten. Es muss ausgeschlossen
546 werden, dass die bestehenden Schutzniveaus abgesenkt werden.

547

548 **Für eine wirksame Sozial- und Umweltunion**

549 DIE LINKE fordert die Wiederherstellung, Bewahrung und Weiterentwicklung des
550 europäischen Sozialstaatsmodells. Sozialstaatlichkeit muss zu den Werten und Zielen der
551 Union gehören und höchste Priorität bei der Umsetzung aller EU-Politiken haben. Wir
552 fordern, dass sich die EU und ihre Mitgliedsstaaten auf gemeinsame soziale und kulturelle
553 Mindeststandards als bindende Ziele festlegen: für die Überwindung von Armut, insbesondere
554 von Kinderarmut, von Arbeitslosigkeit, sozialer Ausgrenzung und struktureller
555 Benachteiligung – insbesondere von Frauen. DIE LINKE fordert einen europäischen Pakt
556 gegen Armut, der die Mitgliedstaaten verpflichtet, die Zahl derjenigen, die unterhalb der
557 Armutsgrenze leben, um jährlich 3 Prozent zu reduzieren. Würde das Ziel unterschritten,
558 treten Sanktionen in Kraft. Das wäre auch ein konkreter Beitrag für das für 2010
559 angekündigte „Europäische Jahr des Kampfes gegen Armut und Ausgrenzung“.

560 Die EU und ihre Mitgliedstaaten sollen gemeinsame ökologische Mindeststandards
561 verbindlich festlegen: für die Reduzierung des Ausstoßes von klimaschädlichen Gasen, von
562 Energieverbrauch aus konventionellen Energieträgern, von Flächenversiegelung und
563 Lärmbelastung. Die Emission von Klima schädigendem Kohlendioxid ist um jährlich 5
564 Prozent zu senken. Unterschreitungen sollten Sanktionen nach sich ziehen.

565 Die wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Bedingungen in den 27 Mitgliedstaaten
566 gehen zum Teil weit auseinander. „Sozial- und Ökologiekorridore“ wären hilfreich, um eine
567 Angleichung zu erreichen: Länder mit ähnlichen Sozialleistungsquoten (Verhältnis der
568 Sozialausgaben zum Bruttoinlandsprodukt) und Länder mit ähnlichen Ökoinvestitionsquoten
569 (Verhältnis von Investitionen für ökologische Zwecke zum Bruttoinlandsprodukt) werden
570 dabei jeweils in Gruppen zusammengefasst. Verbindliche „Korridor Grenzen“ und
571 Durchsetzungsmechanismen sollen verhindern, dass Länder die Anteile ihrer Sozialausgaben
572 bzw. Umweltinvestitionen am Bruttoinlandsprodukt absenken anstatt sie zu steigern.

573 Der EU-Emissionshandel als zentrales Klimaschutzinstrument hat bislang versagt. Er hat zu
574 Mitnahmegewinnen der Stromkonzerne in Milliardenhöhe geführt und kaum zum
575 Klimaschutz beigetragen. Die Vergabe von Emissionsrechten darf nicht länger kostenlos
576 erfolgen. Der Emissionshandel muss zukünftig einen wirksamen Beitrag leisten, um den
577 Neubau von Kohlekraftwerken zu verhindern.

578 DIE LINKE tritt dafür ein, dass die Erfordernisse des Umweltschutzes in allen EU-Politiken
579 integriert und dabei nicht länger wirtschaftlichen Interessen einer Minderheit untergeordnet
580 werden. Insbesondere geht es uns darum, über den verstärkten Einsatz von
581 Umweltschutztechnologien zur Erhöhung der Energie- und Ressourceneffizienz und zur
582 Verringerung der Belastung von Boden, Wasser und Luft beizutragen. Dazu fordern wir die

583 Etablierung von geschlossenen Stoffkreisläufen. Wir setzen uns ebenfalls für die ökologische
584 Verantwortung der Hersteller für ihre Produkte über den ganzen Lebenszyklus ein,
585 einschließlich einer ökologischen Entsorgungsstrategie.

586 Auch erneuerbare Energien müssen Nachhaltigkeitskriterien genügen. Statt allein auf
587 Agrokraftsstoffe zu setzen, muss eine grundlegende Neuausrichtung der Verkehrspolitik
588 erfolgen. Priorität muss die Verkehrsvermeidung sowie der Ausbau von öffentlichem
589 Personenverkehr sein. Der rasant ansteigende Güterverkehr muss eingedämmt und
590 zunehmend von der Strasse auf die Schiene verlegt werden. Dazu sind die Fördermittel für
591 den Ausbau der internationalen Schienenverkehrsprojekte im Rahmen der Transeuropäischen
592 Netze zu Lasten der Straßenprojekte deutlich zu erhöhen.

593 Wir fordern die konsequente Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie. Die Belastung der
594 Meere muss durch höhere Anforderungen an die Schiffskonstruktion, an die Sicherheit des
595 Seeverkehrs und die Schiffsabfallentsorgung reduziert werden. Gleichzeitig muss energisch
596 gegen die Überfischung der Meere vorgegangen werden.

597 Zur Vermeidung von Schäden durch Chemikalien fordern wir die Umkehr der Beweislast bei
598 neuen Substanzen sowie die Einstellung der Produktion und Vermarktung von Substanzen,
599 die Mensch oder Umwelt schädigen. EU-Importe von chemischen Substanzen und Produkten
600 sollen den gleichen Sicherheitsstandards unterliegen müssen wie die innerhalb der EU
601 hergestellten. Die Richtlinie REACH zur Bekämpfung von gesundheitlichen Schädigungen
602 durch Chemikalien muss bindend für alle sein und zügig weiterentwickelt werden.

603 Die LINKE steht für eine energiepolitische Wende. Dies erfordert Maßnahmen zur radikalen
604 Einsparung von Energie, zur Steigerung der Energieeffizienz, zum schnellstmöglichen
605 Atomausstieg und zum Übergang zu einer vorrangig dezentralen Erschließung und Nutzung
606 von erneuerbaren Energien. Der EURATOM-Vertrag muss beendet und die beträchtlichen
607 Fördermittel für Atomforschung müssen zur Förderung erneuerbarer Energien umgewidmet
608 werden. Davon sind jene Mittel auszunehmen, die für die Demontage von AKWs und die
609 sichere Lagerung des angefallenen Atommülls benötigt werden. Die LINKE fordert eine
610 europäische Energie-Regulierungsbehörde, um gegen die Machtkonzentration vorzugehen
611 und um dezentrale Erzeugungs- und Netztransportstrukturen zu schützen. DIE LINKE setzt
612 sich dafür ein, dass die Netz-Infrastruktur (Strom, Gas, Wasser, Bahn) in öffentlichem
613 Eigentum bleiben bzw. in öffentliches Eigentum überführt und demokratisch kontrolliert
614 werden.

615

616 **Für eine verantwortungsvolle Agrarpolitik**

617 *Die LINKE unterstützt eine Landwirtschaftsentwicklung, die sozial und ökologisch nachhaltig*
618 *produziert. Uns geht es dabei um die Nutzung und Bewahrung der Natur als Nahrungs-,*
619 *Rohstoff- und Energiequelle und die Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen (Wasser,*
620 *Boden, Luft und Artenvielfalt). Wir setzen uns ein für die Pflege und Erhaltung der*
621 *vielfältigen Kulturlandschaften, die Gewährleistung von Wertschöpfung und Beschäftigung in*
622 *den Dörfern, sowie einer artgerechten Zucht und Haltung von Nutztieren. Wir fordern faire*
623 *Preise für Lebensmittelerzeuger. Die Marktmacht der Nahrungsmittelkonzerne und*
624 *Handelsketten muss begrenzt werden.*

625 Strukturelle Produktionsüberschüsse, die das Ergebnis einer verfehlten Förderpolitik sind,
626 müssen beschleunigt abgebaut und künftig vermieden werden. EU-Agrarsubventionen sind
627 zukünftig an Existenz sichernde Arbeitsplätze, Ressourcen schonende Agrartechnik und
628 Landschaft gestaltende Strukturen zu koppeln. Die Subventionen dürfen keine negativen
629 Auswirkungen auf die Agrarproduktion außerhalb der EU haben. Exportsubventionen sind

- 630 daher abzuschaffen. Die Agrarförderpolitik muss die Gleichberechtigung aller Betriebsformen
631 garantieren und jede Benachteiligung von Genossenschaften und anderen
632 Gemeinschaftsunternehmen, die sozialer und effektiver sind, aufheben.
- 633 Beim Zugang zum EU-Binnenmarkt ist zwischen großen Agraexportländern und
634 Entwicklungsländern zu unterscheiden, wobei letztere keineswegs homogen sind.
635 Agrarhandel muss darauf abzielen, Probleme zu mildern und beseitigen. Dies heißt, dass die
636 Interessen der Schwächeren und die Erfordernisse sozialer und ökologischer Nachhaltigkeit
637 Priorität haben müssen. Wir lehnen die zunehmende Fokussierung der Landwirtschaft auf
638 Biospritprodukte ab. Ihr Anbau verdrängt zunehmend die Nahrungsmittelproduktion und trägt
639 zur Verschärfung der globalen Nahrungsmittelkrise bei.
- 640
641 Die von genmodifizierten Pflanzen ausgehenden Gefahren für Landwirtschaft, Ernährung und
642 Umwelt sind erheblich. Ihre Verbreitung vertieft die Abhängigkeiten von internationalen
643 Saatgut- und Pharmakonzernen. Deshalb lehnen wir ihren Anbau ab und setzen uns für strikte
644 Einfuhrkontrollen und strenge Kennzeichnung gentechnisch veränderter Produkte ein.
645 Verbraucher und Verbraucherinnen, Produzenten und Produzentinnen, die Gentechnologien
646 ablehnen, sollen nicht genötigt werden, an diesen partizipieren zu müssen. DIE LINKE lehnt
647 das Klonen und die Patentierung von Lebewesen ab.
- 648
649 Wir treten für eine ganzheitliche und regional differenzierte ländliche Entwicklungspolitik
650 ein. Sie setzt die Beteiligung der ländlichen Bevölkerung voraus. Vorrangiges Prinzip muss
651 sein, die lokalen und regionalen Entwicklungspotenziale stärker zu fördern und zu nutzen.
652 Dafür müssen die Mittel des EU-Budgets anders eingesetzt werden und stärker auf die
653 Förderung ländlicher Räume orientieren. Einheitliche Rahmenbedingungen sollen die lokalen
654 und regionalen Spielräume wesentlich erweitern, vor allem in den neuen EU-
655 Mitgliedsländern.
- 656
657 *Für eine solidarische Klimapolitik*
- 658 Die EU muss ihre Anstrengungen verstärken, damit neue globale Vereinbarungen zum
659 Klimaschutz getroffen werden. Das gilt insbesondere für die Zeit nach dem Ablauf des
660 Kyoto-Abkommens. Nur so können ökologische Probleme gemildert und gelöst werden. DIE
661 LINKE fordert, dass die EU angemessene Finanzmittel für den Klimaschutz und für
662 Klimaanpassungsmaßnahmen auch in den Entwicklungsländern bereitstellt.
- 663 Angesichts des Klimawandels und zunehmender Umweltzerstörung muss mehr zur Erhaltung
664 der Regenwälder getan werden. Die EU sollte darauf hinwirken, dass die industrielle
665 Holzgewinnung als vorrangige Aufgabe der Regenwald-Bewirtschaftung betrieben wird und
666 gemeinsam mit den Mitgliedstaaten dafür sorgen, dass innerhalb ihrer Grenzen nur legal und
667 nachhaltig produziertes Holz importiert wird. Die Europäische Union muss bei Wasserkraft-,
668 Erdöl-, Erdgas- und Bergbauprojekten, an deren Finanzierung sie beteiligt ist, auf strenge
669 soziale und ökologische Standards bestehen.
- 670 Die EU soll Konzepte entwickeln, um in Entwicklungsländern den Einstieg in eine sozial und
671 ökologisch nachhaltige Energiewirtschaft zu ermöglichen. So wären zum Beispiel
672 dezentralisierte Energieversorgungssysteme auf der Basis erneuerbarer Energie – wie kleine
673 Wasserkraftwerke, Windkraft, Sonnenenergie, Geothermie und Biomasse - angemessene
674 Lösungen für ländliche Gebiete und entsprächen den Bedürfnissen der dort lebenden
675 Menschen und der Existenz kleiner Betriebe. Sowohl auf globaler als auch nationaler und
676 lokaler Ebene ist es notwendig, den Umgang mit biologischer Vielfalt und genetischen
677 Ressourcen neu zu regeln.

678 III. Für eine zivile und global solidarische Europäische Union

679

680 *Europa muss wieder ein Kontinent des Friedens werden. Krieg, Gewalt und Militarisierung*
681 *sind deshalb für uns kein Mittel von Politik. Wir streben für die Europäische Union eine*
682 *Strategie an, die Sicherheit für alle im umfassendsten Sinn schafft. Europa braucht Sicherheit*
683 *miteinander und nicht gegeneinander. DIE LINKE verteidigt kategorisch das Völkerrecht.*
684

685 Für friedliche, gegenseitig vorteilhafte Zusammenarbeit und Dialog mit unseren 686 **Nachbarn**

687 Die gegenwärtige gemeinsame EU-Sicherheits- und Verteidigungspolitik orientiert auf
688 militärische Angriffsfähigkeit der Europäischen Union und Aufrüstung. Und das nicht nur im
689 Vertrag von Lissabon, sondern in einer Reihe schon geltender vertraglicher Regelungen.
690 Deshalb wollen und müssen wir gemeinsam mit allen Friedenskräften die begonnene
691 Militarisierung der Europäischen Union stoppen und stattdessen eine Politik umfassender
692 ziviler Prävention, eine wirkliche Sicherheitspolitik, eine Politik der gemeinsamen
693 solidarischen Entwicklung begründen und damit Konfliktursachen entgegenzuwirken.
694 Abrüstung und Rüstungskonversion müssen auf die Agenda europäischer Politik. Wir setzen
695 uns gegen die Aufrüstungsverpflichtung im Vertrag von Lissabon ein und fordern, die
696 Europäische Verteidigungsagentur durch eine Abrüstungsagentur zu ersetzen. Wir wenden
697 und gegen die US-Raketenstationierungen in Europa und eine weitere Ausdehnung der
698 NATO. Militärische Auslandseinsätze im Rahmen der Europäischen Außen- und
699 Sicherheitspolitik sind zu beenden. DIE LINKE will einen EU-Abrüstungspakt, der die EU-
700 Mitgliedstaaten zur wirksamen Abrüstung verpflichtet. Wir unterstützen das Verbot der
701 Produktion, der Lagerung und des Exports von Landminen und Streumunition (Ottawa-
702 Konvention) sowie der Entwicklung neuer Minensysteme. Rüstungsexporte in Krisengebiete
703 sind grundsätzlich zu unterlassen. Die EU muss auf die konsequente Durchsetzung von
704 Demokratie, Rechts- und Sozialstaatlichkeit, Solidarität, Menschenrechten, Säkularisierung
705 und Gleichberechtigung der Geschlechter verpflichtet werden.

706 DIE LINKE bekräftigt ihre Opposition gegen alle Militärblöcke. Die Konflikte auf dem
707 europäischen Kontinent zeigen die Notwendigkeit der Schaffung eines kollektiven
708 Sicherheitssystems in Europa. Dieses ist ohne Russland nicht zu verwirklichen. Ziel der
709 LINKEN ist die Auflösung der NATO. EU-Interventionsstreitkräfte und EU-Battle-Groups
710 müssen ebenso aufgelöst werden. Wir fordern die Schließung aller US-Militärbasen in den
711 EU-Staaten. Mehr denn je muss Sicherheit in Europa auf den Prinzipien
712 Territorialverteidigung, Abrüstung, strukturelle Nichtangriffsfähigkeit und politische und
713 zivile Konfliktlösung im Rahmen der OSZE, im Einklang mit dem Völkerrecht und einem
714 demokratisierten UN-System basieren.

715 Die Europäische Union muss sich hier engagieren und eine enge, diskriminierungsfreie
716 Partnerschaft mit ihren europäischen Nachbarstaaten entwickeln. Das verlangt Verständnis für
717 die Probleme und Respekt vor den Interessen aller, sofern es sich nicht um aggressive
718 Nationalisten und Neofaschisten handelt.

719 Es ist im Interesse der Menschen in allen jugoslawischen Nachfolgestaaten und in der
720 Europäischen Union, dass die EU wirksam hilft, auf dem Balkan eine intensive regionale
721 Kooperation zu entwickeln. Das gilt auch und insbesondere für das Kosovo, wo EU-
722 Mitgliedstaaten 1999 am völkerrechtswidrigen Krieg und anschließend an der Verwaltung
723 durch die Vereinten Nationen beteiligt waren. Die soziale Lage im Kosovo ist, vor allem für
724 die Jugend, weiterhin katastrophal. Nach 8 Jahren UNO-Protectorat und EU-Engagement sind
725 Korruption und Kriminalität, Diskriminierung und Gewalt gegen die nicht albanischen

- 726 Minderheiten an der Tagesordnung. Die völkerrechtswidrige, von der Mehrheit der EU-
727 Mitgliedstaaten massiv beförderte Abspaltung und Anerkennung des Kosovo hat keines seiner
728 Probleme gelöst. Im Gegenteil: Es wurde ein gefährlicher Präzedenzfall geschaffen, der
729 weltweit zur Missachtung der grundlegenden Regeln des Völkerrechts führen kann. Dies zeigt
730 sich auch 2008 in der Kaukasus-Krise. Umso wichtiger wäre eine Politik der EU, die
731 international auf Vertrauensaufbau und Frieden, auf Kooperation statt Konfrontation und auf
732 strikte Einhaltung des Völkerrechts und den Ausbau der globalen Institutionen setzt.
- 733 Deshalb bedarf auch die EU-Politik gegenüber ihren osteuropäischen Nachbarn Russland,
734 Belarus, der Ukraine und der Republik Moldau dringend der Erneuerung. Statt eigennützige
735 Interessenpolitik zu betreiben, sollte die EU die Interessen und Besonderheiten ihrer
736 Nachbarländer berücksichtigen, auf Dialog, gleichberechtigte Zusammenarbeit und
737 diskriminierungsfreie Partnerschaft setzen. Aggressive Großmachtspolitik, der Einsatz von
738 Militär zur Lösung von Konflikten, Handelsboykott, die Unterbrechung von
739 Energielieferungen haben in nachbarschaftlichen Beziehungen nichts zu suchen. Die
740 Zusammenarbeit der Zivilgesellschaften in Ost- und Westeuropa ist auszubauen.
- 741 Wir kritisieren die inkonsequente Menschenrechtspolitik der EU. Wenn es um Rohstoffe und
742 Transitwege geht, werden Demokratie und Menschenrechte klein geschrieben. Das wird an
743 der Entwicklung der Beziehungen zu den rohstoffreichen zentralasiatischen Republiken
744 Kasachstan, Usbekistan, Turkmenistan, Kirgisien und Tadschikistan, die an die
745 Krisenregionen Iran und Afghanistan grenzen, deutlich. Gleiches gilt für Armenien,
746 Aserbaidschan und Georgien, die nach dem EU-Beitritt Rumäniens und Bulgariens näher an
747 die Grenzen der Europäischen Union gerückt sind. Die EU erklärt ganz offen, dass es im
748 Südkaukasus ein "europäisches sicherheits- und wirtschaftspolitisches Interesse" gibt. Eine
749 solche Politik trägt nicht zur Konfliktbeilegung, Sicherheit und Stabilität bei, sondern birgt
750 den Keim für neue Konflikte.
- 751 Die EU, die selbst erst erweiterungsfähig werden muss, sollte für alle europäischen Staaten
752 offen sein, die die Kopenhagener Kriterien erfüllen. Das gilt auch für die Türkei. Für uns ist
753 besonders wichtig, dass die türkischen Institutionen allen in der Türkei lebenden Menschen,
754 einschließlich den Minderheiten, ihre Menschen- und Bürgerrechte garantieren und dass die
755 Rechte von Gewerkschaften und Beschäftigten in vollem Umfang gewährt werden.
756 Kurdinnen und Kurden muss ein demokratischer und friedlicher Weg eröffnet werden, der
757 ihnen das diskriminierungsfreie gleichgestellte Zusammenleben mit allen anderen
758 Bürgerinnen und Bürgern ermöglicht. DIE LINKE fordert den Abzug der türkischen Truppen
759 aus Zypern.
- 760 Der seit 1948 anhaltende blutige Konflikt zwischen Israel einerseits und den
761 Palästinenserinnen und Palästinensern andererseits ist ein besonders tragisches und
762 überlanges Kapitel der jüngeren Geschichte an den Grenzen Europas. Es ist höchste Zeit, dass
763 die EU konsequent alles dafür unternimmt, dass Gewalt und Völkerrechtsverletzungen ein
764 Ende haben und endlich zwei entwicklungs- und zukunftsfähige Staaten entstehen, die in
765 friedlicher Nachbarschaft gleichberechtigt existieren können. DIE LINKE fordert eine
766 Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit im Nahen und Mittleren Osten und lehnt eine
767 Konfrontationspolitik gegenüber dem Iran ab.
- 768 Der Abzug der NATO-Truppen und der US-geführten westlichen Allianz aus dem Irak und
769 aus Afghanistan sind notwendige Schritte für eine Beendigung der beiden Kriege. Das
770 politische und ökonomische Gewicht der EU ist gefordert, wenn es darum geht, den
771 Bürgerinnen und Bürgern Afghanistans und des Irak zu einem friedlichen Leben in Würde zu
772 verhelfen. Eine EU, die ihrer Verantwortung gerecht wird, setzt auf den politischen und
773 diplomatischen Dialog, auf finanzielle, wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit und
774 auf die gezielte Unterstützung der demokratischen Zivilgesellschaft.

775 Verantwortungsvolle EU- Politik schließt auch die Pflege von normalen, gleichberechtigten
776 politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der Europäischen Union und den
777 einen eigenständigen Entwicklungsweg suchenden lateinamerikanischen Ländern wie
778 Venezuela, Bolivien, Ecuador, Paraguay ein. Insbesondere fordert DIE LINKE die
779 Aufhebung der US-Blockade gegen Kuba und eine aktive Politik der Europäischen Union zur
780 Normalisierung der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen.

781

782 **Globale Probleme solidarisch und gemeinsam lösen**

783 DIE LINKE fordert ein starkes Engagement der EU und ihrer Mitgliedsländer für eine
784 wirklich gemeinschaftliche solidarische Entwicklungs-, Außen- und Handelspolitik. Damit
785 einher geht das aktive Engagement für die Erfüllung der Millennium-Entwicklungsziele der
786 UN, die insbesondere vorsehen, bis 2015 Armut, Hunger, Nahrungs- und Trinkwassermangel,
787 Seuchen und Krankheiten wie Aids/HIV, Malaria, Tuberkulose sowie die Mütter- und
788 Säuglingssterblichkeit, Unterentwicklung und Analphabetismus drastisch zu reduzieren.

789 Die Europäische Union sollte erheblich stärker auf die Koordinierung ihrer
790 Entwicklungskooperation hinwirken. Der Missbrauch von Entwicklungszusammenarbeit als
791 Fortsetzung von Kolonialbeziehungen, als Außenwirtschaftsförderung für europäische
792 Unternehmen oder als geostrategisches Instrument muss beendet werden.

793 DIE LINKE fordert von der EU, sich für die Durchsetzung des Menschenrechts auf Nahrung
794 weltweit einzusetzen. Ein Instrument dafür wäre der Aufbau eines Systems von Preisgarantien
795 für Bäuerinnen und Bauern, um die Landwirtschaft in den Entwicklungsländern zu fördern
796 und die Produzenten vor der Konkurrenz durch Nahrungsmittel-Dumping aus Europa, Asien
797 und Amerika zu schützen.

798 Die Europäische Union trägt mit ihrer Rohstoffpolitik dazu bei, armen Ländern einen
799 wirtschaftlichen Aufstieg zu erschweren. Diese Länder sollten nicht länger nur Lieferanten
800 billiger Rohstoffe sein, sondern die EU sollte sie dabei unterstützen, verarbeitende Industrien
801 aufzubauen und sie befähigen, am internationalen Handel gleichberechtigt teilzunehmen. DIE
802 LINKE tritt dafür ein, die EU-Politik so zu verändern, dass sich auch indigene Gruppen und
803 lokale Gemeinschaften an sie betreffenden Entscheidungsprozessen beteiligen können und
804 Hilfe zur eigenständigen Entwicklung erhalten. DIE LINKE fordert die umfassende
805 Entschuldung armer Länder sowie konkrete Schritte der EU, um die von ihr 2006 bestätigte
806 Forderung nach einer Quote von mindestens 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens für
807 Entwicklungshilfe endlich umzusetzen.

808

809 *Für eine verantwortungsvolle Handelspolitik*

810 Mit ihrer Außenhandelsstrategie "Ein wettbewerbsfähiges Europa in einer globalen Welt"
811 zielt die EU darauf, europäischen Unternehmen weltweiten Marktzugang zu eröffnen und ihre
812 Weltmarkt- und Profitanteile zu mehren. Die eigene Versorgung mit Energie und anderen
813 Ressourcen, die eigenen wirtschaftlichen Interessen bestimmen die europäische
814 Außenwirtschaftspolitik. Statt auf faire Handels- und Entwicklungspartnerschaften und auf
815 multilaterale Übereinkünfte setzt sie zunehmend auf bilaterale und regionale
816 Freihandelsabkommen. In Sachen Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (WPA) tritt die
817 neoliberale und neokoloniale Ideologie besonders deutlich zutage. Zwar bekennen sich EU-
818 Mitgliedstaaten und -Institutionen öffentlichkeitswirksam zu den Millennium-
819 Entwicklungszielen, ihre aggressive Außenwirtschaftspolitik läuft diesen Zielen jedoch
820 entgegen.

821 Notwendig ist eine zusammenhängende Ausgestaltung der europäischen Außen-, Handels-,
822 Entwicklungs-, Wirtschafts- und Klimaschutzpolitiken. Die internationalen
823 Wirtschaftsbeziehungen der Europäischen Union sind daran zu messen, inwiefern sie die
824 Lösung von globalen sozialen und ökologischen Problemen befördern. Die
825 Entwicklungsinteressen der wirtschaftlich schwächeren Länder müssen gegenüber den
826 europäischen Investoreninteressen geschützt werden. In Verträge sind Entwicklungsklauseln
827 aufzunehmen, deren Umsetzung kontrolliert wird. Die Unternehmen, vor allem die
828 Kreditnehmer der Europäischen Investitionsbank EIB, sollen ihre Geschäftspraktiken offen
829 legen. Gleichfalls ist Transparenz über die sozialen, ökologischen entwicklungspolitischen
830 und geschlechtsspezifischen Auswirkungen außenwirtschaftlicher Aktivitäten, über die
831 Arbeitsbedingungen, die erzielten Gewinne und Reinvestitionen herzustellen. Wir fordern die
832 EU auf, Regeln und Sanktionsmöglichkeiten für den Handel mit ‚Konfliktressourcen‘
833 festzulegen, um Raubbau und Konflikte um strategische Ressourcen zu verhindern.

834 Die Begünstigung der ärmsten Länder im Handel ist notwendig. Längerfristig sollte die
835 Europäische Union ausgeglichene Leistungsbilanzen und ein Wechselkurssystem anstreben,
836 das hierbei förderlich ist. Die vorhandenen Handelspräferenzsysteme, die bestimmten
837 Ländern für bestimmte Waren zollfreien Zugang zu europäischen Märkten gestatten, müssen
838 auf ihre Entwicklungseffekte überprüft und entsprechend den entwicklungspolitischen
839 Zielsetzungen angepasst werden. Ebenfalls erforderlich sind gezielte Hilfen, um Menschen-
840 und Arbeitnehmerrechte sowie soziale und ökologische Standards anzuheben.
841 Handelsvergünstigungen und Wissens- und Technologietransfers der EU könnten hier ein
842 Anreiz sein.

843 Wir fordern die EU auf, sich in der Welthandelsorganisation WTO dafür einzusetzen, dass
844 öffentliche Dienstleistungen beziehungsweise Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge
845 keinen Liberalisierungszwängen unterworfen werden. Zugleich unterstützen wir die
846 Forderung, das TRIPS-Abkommen über handelsbezogene Aspekte der geistigen
847 Eigentumsrechte besonders hinsichtlich seiner Wirkungen auf die Landwirtschaft, die
848 Gesundheit und die Biodiversität zu überprüfen. Die Verpflichtungen zur Einhaltung der
849 Menschenrechte, der ILO-Kernarbeitsnormen und der internationalen Sozial- und
850 Umweltabkommen sind auch in Handels- und Wirtschaftsabkommen zu verankern.

851

852 IV. LINKS wirkt

853

854 LINKE Abgeordnete im Europäischen Parlament

855 Gemeinsam mit der Partei der Europäischen Linken (EL), Abgeordneten der GUE/NGL-
856 Fraktion im Europäischen Parlament, Aktivistinnen und Aktivisten politischer und sozialer
857 Organisationen kämpfen wir für ein friedliches, demokratisches und solidarisches Europa.
858 Diese Neuausrichtung der EU wird nicht allein aus dem Parlament erzwungen. Aber wir
859 können mit einer gestärkten europäischen Linken im Europaparlament zu dem notwendigen
860 Wandel Wesentliches beitragen. Mehr Stimmen für DIE LINKE bei den Europawahlen 2009
861 tragen gleichzeitig zur Stärkung der „Gemeinsamen Fraktion der Linken“ im
862 Europaparlament bei. Wir wollen dort die Zusammenarbeit mit vielen linken, sozialistischen,
863 kommunistischen und links-grünen Parteien des Nordens fortsetzen.

864 Bei den Wahlen zum Europäischen Parlament können Bürgerinnen und Bürger der
865 marktradikalen Ausrichtung der Europäischen Union eine klare Absage erteilen und zugleich
866 einer friedensstiftenden Rolle der EU in der Welt ihre Stimme geben. Es ist ein Votum für die
867 großen Chancen der europäischen Integration. Damit würde es möglich, den überfälligen
868 Kurswechsel einzuleiten – hin zu einer demokratischen, sozialen und ökologischen
869 Europäische Union, die als zivile und solidarische Kraft ihren Beitrag zur Neugestaltung der
870 internationalen Beziehungen leistet.

871

872 **Jede Stimme für DIE LINKE ist eine Stimme für ein friedliches, demokratisches,**
873 **soziales, solidarisches und ökologisches Europa.**

874 **Jede Stimme für DIE LINKE in Deutschland macht die Kritik an der heutigen EU, den**
875 **Protest gegen die herrschende Politik hörbarer.**

876 **Jede Stimme für DIE LINKE in Deutschland stärkt die gesellschaftspolitischen**
877 **Alternativen und unterstützt die europäischen Kämpfe gegen die herrschende Politik.**

878 **Jede Stimme für DIE LINKE ist eine Stimme für eine starke „Gemeinsame Fraktion der**
879 **Linken“ im Europaparlament.**